

Sonderausgabe



Annelie Buntenbach
(Mitglied des
Geschäftsführenden
Bundesvorstandes)

Altersarmut: Regierungsvorschläge völlig unzureichend

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) lehnt die Vorschläge der Bundesregierung zur Bekämpfung der Altersarmut als unzureichend ab und fordert Bundesarbeitsministerin Dr. von der Leyen zu einem ernsthaften Dialog über ein Sofortprogramm gegen Altersarmut auf, das der Größe des Problems gerecht wird.

Nach dem Auftaktgespräch des Regierungsdialogs zur Rente sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am Donnerstag in Berlin:

„Die Vorschläge der Bundesregierung sind billige Scheinlösungen, die uns im Kampf gegen die drohende Altersarmut keinen Deut weiter bringen. Wir fordern Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen auf, sich von Vorfestlegungen und ideologischen Fesseln zu befreien und zum Rentengipfel mit den Sozialpartnern neue, wirkungsvolle Vorschläge auf den Tisch zu legen. Ohne substantielle Änderungen verkommt der vollmundig angekündigte Rentendialog zu einem Rentenmonolog, der zu nichts führt.

Wenn die Ministerin nicht zu einem Dialog bereit ist, der sich dem Problem Altersarmut wirklich stellt, und sich stattdessen die nötigen finanziellen Spielräume gegen Altersarmut durch das zwanghafte Festhalten an einer Senkung des Rentenbeitrags verbaut, verspielt sie jegliche Glaubwürdigkeit, den Kampf gegen die Altersarmut wirklich aufzunehmen.

Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender Maxi Spickermann Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordinierung Kampagnen Sozialpolitik

Zur Vermeidung von Altersarmut sind wirkungsvolle Reformen nötig, und sie sind auch finanzierbar. Wir fordern, die Reserven der Gesetzlichen Rentenversicherung zu nutzen und vor allem die Erwerbsminderungsrente wirksam aufzubessern sowie die Rente mit 67 zu stoppen. Wenn der Rentenversicherungsbeitrag konstant bei 19,9 % gehalten wird, steigt die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung bis zum Jahr 2025 auf über 63 Mrd. Euro. Auch nach Abzug der notwendigen Mehrausgaben zur Vermeidung von Altersarmut bleibt dann immer noch eine Reserve von mehr als 18 Mrd. Euro.

Notwendig ist auch eine Neuauflage der steuerfinanzierten Rente nach Mindesteinkommen, um Versicherte mit geringen Einkommen vor Armut und Bedürftigkeitsprüfung zu bewahren.

Der Vorschlag von Frau von der Leyen für eine ‚Zuschussrente‘ dagegen ist nutzlos, weil die besonderen Risikogruppen damit nicht vor Altersarmut geschützt werden. Versicherte, die über längere Zeit arbeitslos oder als Solo-Selbstständige tätig waren, und erwerbsgeminderte Menschen würden komplett außen vor bleiben. Völlig grotesk ist die Idee auch deswegen, weil geringe Einkommen im Alter nur dann aufgestockt werden sollen, wenn die Geringverdiener eine private Zusatzvorsorge vorweisen können. Außerdem würde die ‚Zuschussrente‘ langjährige Versicherte zu bedürftigkeitsgeprüften Bittstellern bei der Rentenversicherung machen. Genau dies gilt es zu verhindern.

Auch der Vorschlag, die Erwerbsminderungsrente nur häppchenweise bis 2029 zu verbessern, ist blanker Hohn. Die Betroffenen hätten im nächsten Jahr nur drei Euro mehr Rente. Der Weg ist zwar richtig, doch die Verbesserung kann und muss in einem Schritt erfolgen.“

Hier der Kurzlink zur *Bewertung der Vorschläge* auf der DGB-homepage:
<http://www.dgb.de/-/wcP>

Termine

Lesetipp:

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift *Soziale Sicherheit* u. A. mit: Die neue EU-Patientenrichtlinie: Patientenrechte bei grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung in der EU (Udo Mayer); Wer entscheidet darüber und worum wird gestritten? Neue Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte (Ulrich Wenner); Sozialrecht gegen Arbeitsrecht: Die Schließung der CityBKK und die katastrophalen Folgen für die Beschäftigten und Personalvertretungen (Wolf Klimpe-Auerbach). Mehr Informationen hier: <http://www.bund-verlag.de/zeitschriften/soziale-sicherheit/ausgabe/2011/8/>

Fachtagung „10 Jahre Riester-Reform. 60 Jahre Zeitschrift Soziale Sicherheit“

2001 wurde das deutsche System der Alterssicherung durch die sogenannte Riester-Reform grundlegend neu organisiert. Zehn Jahre später wollen DGB und Hans-Böckler-Stiftung Bilanz ziehen. Wie hat sich die Leistungs- und Finanzierungsseite der Rentenversicherung entwickelt? Sind die Erwartungen des Gesetzgebers oder die Befürchtungen der Kritiker eingetreten? Und wer hat von den Reformen profitiert, wer nicht? Diese Fragen werden im Rahmen der Fachtagung erörtern.

Termin: 13. Dezember 2011, 10.30 bis 17.00 Uhr in Berlin, anschließend Empfang "60 Jahre Soziale Sicherheit". Einladungen werden in Kürze verschickt.

"Gesundheitspolitik für GewerkschafterInnen und SelbstverwalterInnen" (DGB-Seminar)

unter anderem mit Annelie Buntenbach, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Christian Zahn, Johann-Magnus Freiherr von Stackelberg und Dr. Wolfgang Müller.

Vom 14. bis 16. Oktober 2011 in der IG Metall-Bildungsstätte Berlin-Pichelssee.

Weitere Informationen und Anmeldung unter 030 24060-743 oder maxi.spickermann@dgb.de

Kongress *Armut und Gesundheit*

Der Kongress findet dieses Jahr unter dem Motto "Prävention wirkt" am 9. und 10. März 2012 in der Technischen Universität Berlin statt. Hier der Link mit weiteren Informationen:

<http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/kongress-armut-gesundheit/>

Noch ein Lesetipp:

Gerade erschienen:
Nummer 19 der IVSS:
Sozialpolitik im Brennpunkt mit dem

Schwerpunkt "Prävention ist gut für die Gesundheit und gut für die Wirtschaft".

Hier der Link zu der
Publikation:

<http://193.134.194.37/g/er/Ressourcen/Sozialpolitik-im-Brennpunkt>

Wie weiter in der Pflege? Eine Standortbestimmung zur geplanten Reform der Pflegeversicherung.

13. Oktober 2011, Landesvertretung Rheinland-Pfalz, Berlin

Die Pflegeversicherung hat sich als „fünfte Säule“ der Sozialversicherung bewährt. Damit dies auch zukünftig so bleibt, sind nachhaltig wirksame Reformen zur Verbesserung der Qualität in der Pflege sowie zur Absicherung der finanziellen Grundlagen unerlässlich.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich für eine solidarische Weiterentwicklung der Sozialen Pflegeversicherung ein. Bereits Anfang März 2011 hat der DGB dazu ein Reformkonzept beschlossen. Die darin enthaltenen Anforderungen und Lösungsvorschläge müssen nun in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Was soll die Pflege heute und morgen leisten? Wie und vor allem von wem müssen diese Leistungen bezahlt werden? Diese und viele weitere Fragen werden unter Anderem mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr und der Fachöffentlichkeit erörtert.

Die Anmeldung kann über das in der E-Mail angehängte Antwortformular erfolgen.

Bestellen können Sie unseren Newsletter seit April 2010 auf unserer Homepage unter folgender Adresse: <https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>